



## SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11  
Postfach 42 49

58095 Hagen  
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505  
Fax: 02331 207 - 2495

[spd-fraktion-hagen@online.de](mailto:spd-fraktion-hagen@online.de) | [www.spd-fraktion-hagen.de](http://www.spd-fraktion-hagen.de)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Erik O. Schulz  
im Hause

15. März 2016

### **Verschiebung des Haushaltshaushaltsausgleichs auf 2017 und höhere Stärkungspaktmittel**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 7.7- „Beratung des Haushaltplanentwurfs 2016/17“ für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. März 2016.

1. Der Kämmerer wird aufgefordert, bis zur Ratssitzung am 7. April belastbare Zusagen des Regierungspräsidenten und/oder des Innenministers zur Genehmigung der Verschiebung des Haushaltshaushaltsausgleichs auf 2017 vorzulegen. Ohne eine konkrete Perspektive, dass das vorgestellte Modell (2016 müssen anstatt 12 Mio. Euro „nur“ 4,234 Mio. Euro konsolidiert werden) auch greift, lehnt die SPD-Fraktion den Vorschlag ab.
2. Der Kämmerer wird beauftragt, in den Jahren 2016 und 2017 ergebniswirksam je 1 Mio. Euro der sonstigen Rückstellungen aufzulösen. Diese Summe wird im Haushaltssanierungsplan wirksam eingestellt.
3. Der Kämmerer wird beauftragt, rückwirkend auf die Eröffnungsbilanz eine Neubewertung des Vermögens der Stadt Hagen durchzuführen. Dazu ist die Genehmigung des Landes einzuholen. Im Haushalt sind über 40 Mio. Euro an Abschreibungen enthalten – eine Folge der Überbewertung des städtischen Vermögens im Rahmen der Eröffnungsbilanz. Durch die Neubewertung ist ein positives Ergebnis von mehreren Mio. Euro jährlich zu erwarten.
4. Der Kämmerer stellt jährlich 5 Mio. Euro für die Sanierung der maroden Hagener Brücken und 500 000 Euro zusätzlich für die Straßenunterhaltung in den Haushalt ein.
5. Der Rat fordert gegenüber dem Land und RP, dass die Mittel für den Aufbau Ost nicht mehr für den Haushaltshaushaltssausgleich angerechnet werden.

#### **Begründung:**

Zu 1.) Im Rahmen der Verschiebung des Haushaltshaushaltssausgleichs 2017 soll das Land der Stadt Hagen höhere Stärkungspaktmittel in Höhe von 19 Mio. Euro zahlen. Hinweise auf Oberhausen

und Wuppertal, wo die Verschiebung genehmigt wurde, sind zwar hilfreich. Allerdings sind die Rahmenbedingungen nicht bekannt. Vielmehr wird das Land „Nachahmer“ aus anderen Städten befürchten.

Zu 2.) Einerseits hat die Verwaltung massiv Personaleinsparungen vorgenommen, andererseits offensichtlich Lücken durch Überstunden bzw. nicht gewährte Urlaubstage ausgeglichen. Hier muss die Frage gestellt werden, ob der Personalabbau in den Bereichen vertretbar war und ob die Verwaltung gegenüber der Politik ein unzutreffendes Bild gezeichnet hat? Alternativ kann es an einer fehlerhaften Personalwirtschaft liegen.

Zu 3.) Seit Jahrzehnten werden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung unserer Stadt beschlossen. Das Ergebnis ist katastrophal: Die Infrastruktur verfällt, Zukunftsprojekte können nicht finanziert werden, Leistungseinschränkungen und Schließungen von Einrichtungen sind die Folge. Gleichzeitig wurden Abgaben und Steuern erhöht.

Es ist an der Zeit, dass endlich andere Wege gegangen und Lösungen herbeigeführt werden.

Die GPA hat festgestellt, dass die Stadt Hagen, bezogen auf die Einwohnerzahl, das zweit höchste Vermögen aller kreisfreien Städte hat. Gesetzliche Vorgaben zur regelmäßigen Bewertung des Vermögens werden aus Angst vor Sonderabschreibungen nicht vorgenommen. Die Abschreibungen auf Uraltvermögen behindern aber die Stadtentwicklung und belasten den Haushalt ohne Sinn mit Buchgeld.

Zu 4.) Der Haushalt 2016 / 2017 enthält keine Ansätze für eine Weiterentwicklung der Stadt. Im Gegenteil, die Chancen, die das Kommunalinvestitionsgesetz für finanzschwache Kommunen bietet, wurden nur auf Maßnahmen bezogen, die in den kommenden Jahren sowie so in den Haushaltsentwürfen oder der Finanzplanung enthalten waren. Das setzt jetzt Mittel frei für notwendige Investitionsmaßnahmen.

Zu 5.) Mit den im Haushalt der Stadt enthaltenen Mittel für den Aufbau Ost (2015 waren das 6.500.000, €) finanziert Hagen eine kulturelle und sportliche Infrastruktur in den neuen Bundesländern, die weit über das in NRW als Standard angesehene Niveau hinausgeht. Die SPD will die Mittel für den Aufbau weiter leisten, fordert aber vom Land, dass diese Mittel beim Haushaltausgleich nicht berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Mark Krippner  
SPD-Fraktionsvorsitzender